



Deutscher Export – Ein unzuverlässiger Wackelkandidat

Von Friederike Spiecker | 15.1.2021

Deutschland kann auch inmitten der Pandemie Export, so scheint es. Wird sich der deutsche Konjunkturzug durch die Dampflok »ausländische Nachfrage« aus dem Corona-Graben ziehen lassen?

Die jüngsten verfügbaren Daten zum deutschen Außenhandel und zur deutschen Leistungsbilanz, die bis zum November 2020 reichen, liefern ein gemischtes Bild (Abbildung 1). Einerseits erholten sich die Aus- und Einfuhren von Waren nach dem steilen Rückgang in den Monaten März und April 2020 in saisonbereinigter Rechnung Monat für Monat, andererseits liegt das bis November wieder erreichte Handelsniveau weiterhin unter den Werten vom Februar 2020. Es ist also bislang eine Mischung aus dem erhofften V-Verlauf und dem befürchteten L-Verlauf der

Konjunktur in diesem Bereich eingetreten: kein Trampolin-Sprung nach oben und keine ausgeprägte Talsohle.

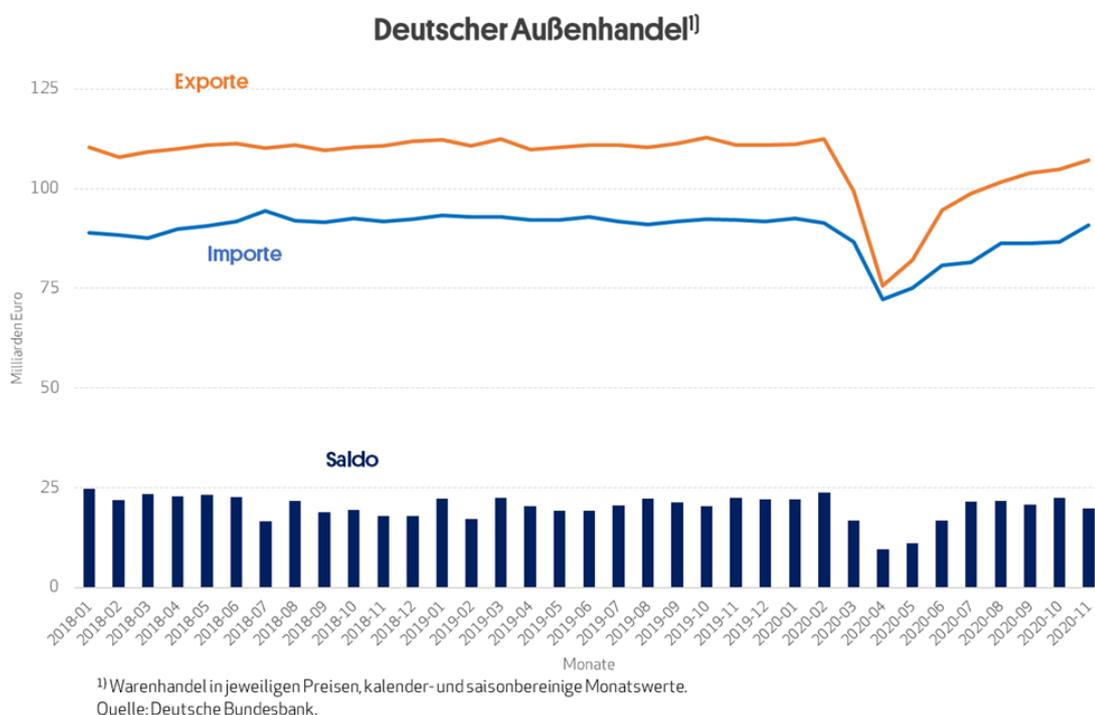


Abbildung 1

Dabei stürzten die Exporte im Frühjahr relativ stärker ab als die Importe, legten seither aber auch deutlich stärker wieder zu. Der Außenhandels**saldo** (in der Abbildung die Balken am unteren Rand) ist in jedem Monat seit Ausbruch der Corona-Krise positiv geblieben – Deutschland hat also auch in der Krise durchgehend Überschüsse im Warenhandel mit dem Ausland erzielt. Inzwischen liegt der Überschuss mit 17,2 Milliarden Euro im November nur noch 1,3 Milliarden unter dem Wert im Jahr davor (in saisonbereinigter Rechnung ist der Unterschied zum Vorjahreszeitraum eine Milliarde höher). Die Verringerung der Überschüsse im Frühjahr bleibt in der Summe der Monate Januar bis November sichtbar: Der Saldo ist um knapp 44 Milliarden Euro bzw. gut 20 Prozent kleiner als zwischen Januar und November 2019. Bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2019 sind das fast 1,3 Prozent.

Da die Deutschen 2020 wesentlich weniger ins Ausland gereist sind, hat sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um den Faktor 10 verringert. Dadurch ist der Rückgang des Überschusses in der deutschen Leistungsbilanz, die unter anderem die Handels- und die Dienstleistungsbilanz umfasst, deutlich geringer ausgefallen als im Warenhandel: Statt 219,5 Milliarden Euro zwischen Januar

und November 2019 hat Deutschland Überschüsse mit dem Ausland im Wert von 208,5 Milliarden Euro im gleichen Zeitraum 2020 erwirtschaftet, also nur 11 Milliarden bzw. 5 Prozent weniger, was lediglich 0,3 Prozent des nominalen BIP von 2019 entspricht.

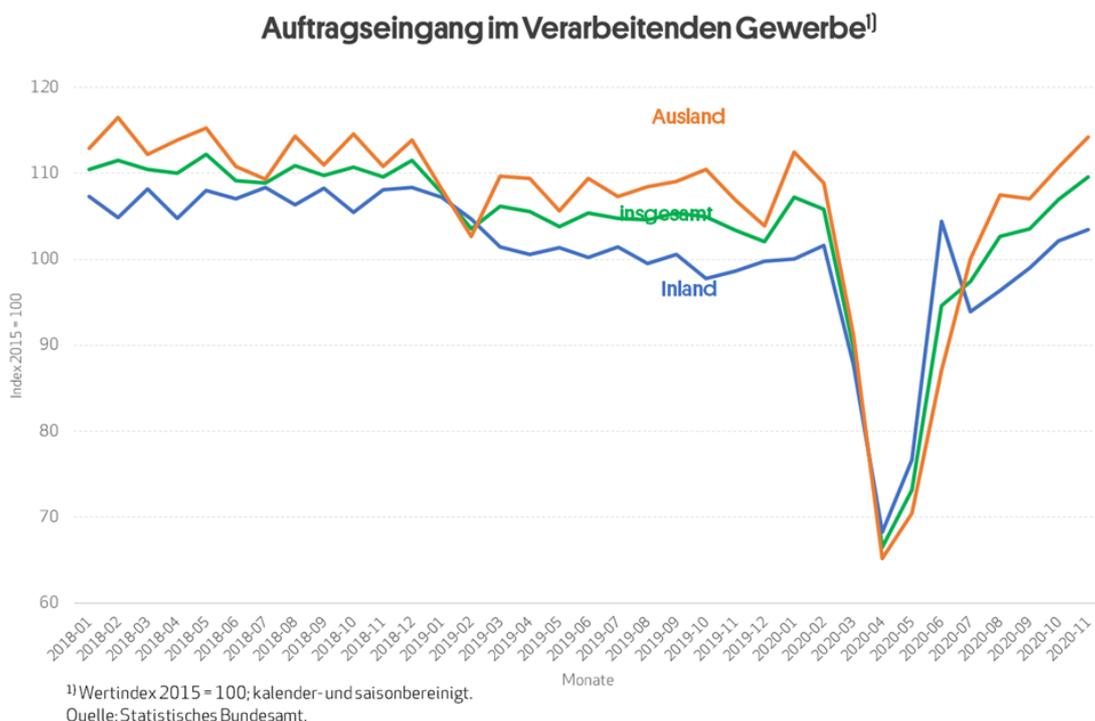


Abbildung 2

Sieht man sich die Monatsdaten für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe an (hier als Wertindex), die ebenfalls bis zum November 2020 reichen, schneiden die Bestellungen aus dem Ausland wie vor der Krise stärker ab als die aus dem Inland (Abbildung 2). Die Bestellungen haben das Niveau von 2019 wieder gut erreicht oder sogar bereits übertroffen. Es ist daher zu erwarten, dass Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse auch im Dezember 2020 in die Nähe der Vorjahreswerte gelangt sind, so dass sich am Gesamtbild des Außenhandels für das Jahr 2020 durch die noch ausstehenden Werte für den Dezember nicht mehr viel ändern dürfte. Das Bestellungs-niveau von Anfang 2018 wird jedoch weiter unterschritten.

Heißt das nun, dass alles wieder gut ist oder zumindest demnächst wieder gut wird? Kann und wird sich der deutsche Konjunkturzug durch eine Dampflok namens ausländische Nachfrage aus dem Corona-Graben ziehen lassen? Gilt das möglicherweise nur für einen Teil des Zuges, während einige Branchen-Waggons abgehängt werden samt ihren Arbeitskräften?

Die Antwort auf diese Fragen hängt hauptsächlich von drei Faktoren ab: erstens von der weiteren Entwicklung der Pandemie in unserem Land und anderswo, denn das hat Einfluss auf die Lieferketten sowie die Produktions- und Nachfragebedingungen hier und im Ausland; zweitens und damit eng zusammenhängend von der Verlässlichkeit der Erholung der ausländischen Nachfrage: Kauft das Ausland weiterhin deutsche Waren in großem Umfang und obendrein mehr, als wir dem Ausland abnehmen? Und drittens hängt die Antwort davon ab, ob eine anhaltende Erholung der hiesigen Exportbranche auch den stärker auf den Binnenmarkt angewiesenen Wirtschaftszweigen zugutekommt oder sich zumindest eine zusätzliche Arbeitskräftenachfrage im Exportbereich entfaltet, die Arbeitsplatzverluste in anderen Sektoren mildern könnte.

Zur Einschätzung des ersten Faktors kann ich als Ökonomin nicht viel beitragen. Wie sich die Pandemie weiter entwickelt und welchen Einfluss die Bürger darauf nehmen können und sollen – sei es aufgrund freiwilligen rücksichtsvollen Verhaltens, sei es aufgrund staatlicher Vorschriften und deren Durchsetzung –, können Experten anderer Fächer besser beurteilen. Dass die Politik in ihre Entscheidungen auch die ökonomischen Folgen der Pandemiebekämpfungsstrategie mit einbeziehen muss, liegt auf der Hand. Dabei sollte sie die anderen beiden genannten Faktoren berücksichtigen.

Der zweite Faktor berührt das altbekannte und umstrittene Thema der Nachhaltigkeit des deutschen Exportüberschussmodells. Die Akzeptanz unausgewogener internationaler Handelsverhältnisse wird bei unseren wichtigsten Abnehmerländern, allen voran den USA, aber auch in Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion wie Italien oder Frankreich nach Abklingen der Pandemie nicht gewachsen sein im Vergleich zur Vorkrisenzeit. Im Gegenteil: Da jedes Land versuchen wird, die ökonomischen Schäden, die die Pandemie und ihre Bekämpfung mit sich gebracht haben, zu bewältigen, wird die Bereitschaft gering sein, eine sich erholende inländische Nachfrage etwa in Form eines staatlich finanzierten Nachfrageimpulses zu spürbaren Teilen an ausländische Anbieter zu verlieren. Und auch auf Drittmärkten wird hart um Marktanteile gerungen werden.

Mit anderen Worten: Alle am internationalen Handel Teilnehmenden werden bestrebt sein, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, um im Preiskampf mithalten und Nachfrage auf sich lenken zu können. Deutschland zehrt zwar noch immer von durch Lohndumping erworbenen Vorteilen, da sich Handelsstrukturen nur allmählich verändern, wenn sich Lohnstückkosten- und

damit Preisverhältnisse nach und nach verschieben. Aber das wird sich aller Voraussicht nach ändern: Es steht zu befürchten, dass das Modell der Lohnzurückhaltung weiter Schule macht, weil es mikroökonomisch in einer krisenbedingt schwierigen Beschäftigungslage so einleuchtend und naheliegend ist. Das aber steht einer Überwindung der deflationären Tendenzen und der mit ihnen einhergehenden Nachfrageschwäche in Europa im Weg.

Und wie sich die außereuropäische Nachfrage nach europäischen und damit auch deutschen Gütern entwickelt, hängt nicht zuletzt vom Ausgang der internationalen Handelsstreitigkeiten und vom Euro-Wechselkurs ab. Handelsstreitigkeiten lassen sich kaum einvernehmlich lösen, solange die merkantilistische beggar-thy-neighbour-Strategie im Raum steht, auf die die Lohnzurückhaltungspolitik hinausläuft. Der Regierungswechsel in den USA wird an diesem Problem nichts grundlegend ändern. Und dass der Wechselkurs kein Instrument einer aktiven europäischen Konjunkturpolitik in der Hand der Zentralbank sein sollte und sein kann, steht außer Frage.

Der zweite Faktor für die Beurteilung der deutschen Exportsituation ist daher insgesamt als unzuverlässiger Wackelkandidat anzusehen, auf den sich kein tragfähiges Konzept einer deutschen Wirtschaftserholung aufbauen lässt. Setzen wir weiterhin auf unausgewogene Handelsverhältnisse, schaden wir Europa und uns selbst.

Und damit liegt die Einschätzung des dritten genannten Faktors auf der Hand. Wenn die Erholung der Exporte nur anhält, solange sie auf Lohnzurückhaltung basiert, kann sich die Binnenwirtschaft nicht kräftig erholen. Zugleich sind Arbeitsplatzgewinne in den Branchen, die von der aktuellen Exporterholung profitieren, eher unwahrscheinlich. Denn seit Anfang 2018 stagniert dieser Bereich ausweislich der Handelsdaten (vgl. Abbildung 3, die sich von Abbildung 1 im dargestellten Zeitraum unterscheidet), der Auftragseingänge (vgl. Abbildung 2) und übrigens auch ausweislich des industriellen Produktionsindex (hier nicht dargestellt). Es ist also kaum von überausgelasteten Kapazitäten auszugehen, die zusätzliche Investitionen und neue Arbeitsplätze in naher Zukunft signalisieren könnten.

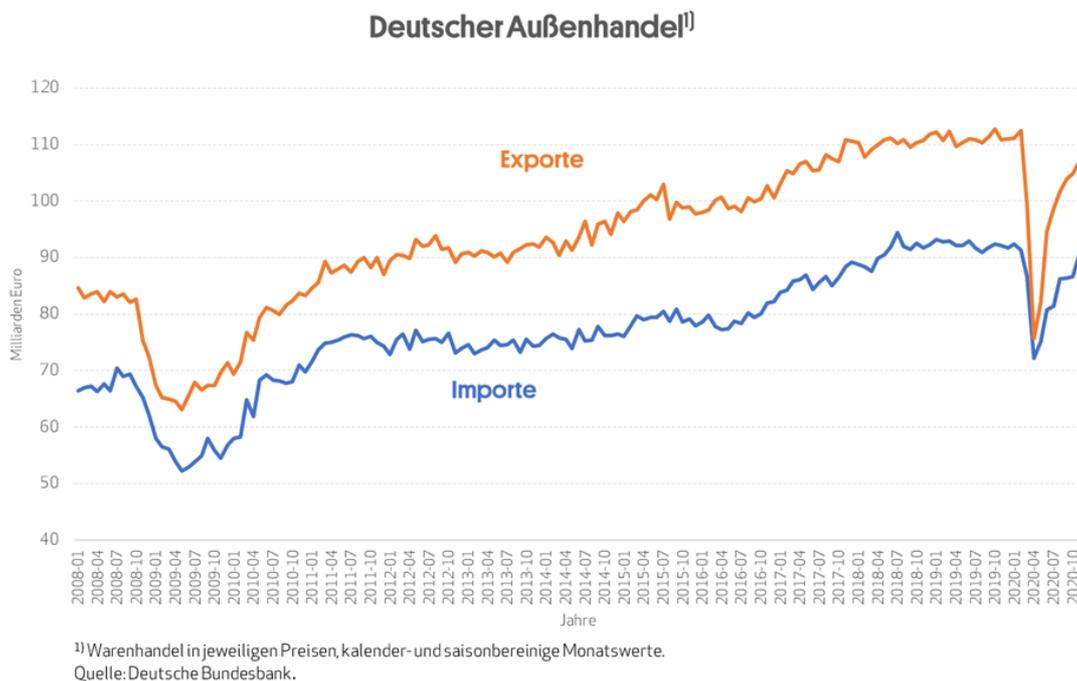


Abbildung 3

Will die Politik – noch dazu im Jahr der Bundestagswahl – vermeiden, dass sich eine ganze Reihe von Branchen und viele Menschen abgehängt fühlen, muss sie diesen Bereichen vernünftig unter die Arme greifen. Da die Corona-Krise den ohnehin notwendigen Strukturwandel in Sachen Klimaschutz, Digitalisierung und Mobilitätswende beschleunigt, ist eine ökonomische Abfederung der Arbeitskräfte, die sich daran anpassen müssen, unumgänglich. Diese Abfederung darf nicht in einem Verweis auf die Grundsicherung nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bestehen. Begreifen die politisch Verantwortlichen das nicht, werden Verschwörungstheorien noch mehr Anhänger finden und wird die soziale Spaltung der Gesellschaft voranschreiten. Dem Trumpismus würde das auch hierzulande Vorschub leisten.